

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
und die Anzeigen-Abteilung
an. — Erscheint wöchentlich.
Sonderdruck-Anschlag Nr. 22.

Verantwortlich für den Inhalt
des Blattes: Dr. phil. h. c. h.
Friedrich Auer, Leipzig, Postfach
Nr. 1000. — Druckerei: Druckerei
Friedrich Auer, Leipzig, Postfach
Nr. 1000.

Verleger: Carl Auer Verlagsgesellschaft, Leipzig, Postfach Nr. 1000. — Inhalt: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. — Postfach-Nr.: Juni Leipzig Nr. 1000. — Nr. 150. — Mittwoch, den 29. Juni 1932. — 27. Jahrgang.

In Lausanne:

Deutsch-französische Besprechungen

Wirtschaftlicher Aufbauplan statt Tributplan

Communiqué über die deutsch-französische Besprechung
Lausanne, 27. Juni. Bei Schluß der heutigen
Nachmittags-Sitzung, die von 16½ bis 19.40 Uhr dauerte,
wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

„Die deutsche und die französische Delegation sind
am Montag, dem 27. Juni, nachmittags 16½ Uhr, zusam-
mentreten. Der Herr Reichsfinanzminister hat die Gründe
auseinandergelegt, die nach seiner Ansicht zugunsten einer
Ereicherung der Reparationen sprechen, sowie die ersten
Maßnahmen, die er für den Wiederaufbau Europas gegeben
hat. Der Herr Reichsfinanzminister hat die Ausführungen des
Reichsfinanzministers erläutert und von einem allgemeinen
Standpunkt aus ergänzt.“

Der französische Ministerpräsident hat die Vorbehalte
gemacht, die er für nötig hielt.
Die Unterhaltungen werden Mittwoch vormittag
10 Uhr wieder aufgenommen werden.“

Der deutsche Standpunkt

Lausanne, 27. Juni. Ueber den Verlauf der
heutigen fast vierstündigen deutsch-französischen Bespre-
chungen erzählt man, daß zu Beginn der Reichsfinanz-
minister das Wort ergriff. Diese Konferenz, so führte er aus,

berge unerhörte Chancen, um die Irrtümer der Nach-
kriegszeit zu beseitigen und die Welt einem besseren
Zustand zuzuführen. Die Reparationen müßten unter
allen Umständen sämtlich fallen, da die Weiterführung
eines solchen Systems in irgendeiner Form den wirt-
schaftlichen Ruin der Welt bedeuten würde. Die deutsche
Regierung werde keine Unterschrift unter ein Abkom-
men setzen, von dem sie jetzt schon überzeugt sei, es
nicht halten zu können. Die Regierung sei bereit, an-
konstruktiven Maßnahmen für einen Ausbau Europas
mitzuarbeiten. In der Zukunft würden die deutsch-
französischen Beziehungen in diesem Zusammenhange
eine entscheidende Rolle spielen. Die Welt befinde sich
jetzt in einer ganz außerordentlich ernsten Stunde. Die
Wiederherstellung des Vertrauens sei notwendig. Dies
sei die historische Aufgabe der Siegerstaaten und nicht
die Deutschlands.“

Unschlüssig trug dann Reichsfinanzminister Graf
Schwerin von Krosigk seine Ausführungen vor, deren
Umfang und Materialfälle sich aus der Dauer der
Sitzung ergibt.

Der Ausfall der morgigen Sitzungen bedeutet, daß
die Franzosen sich mit diesem Material befassen und
ihre Antwort vorbereiten müssen.

Amerikas Standpunkt zum Reparationsproblem

Washington, 27. Juni. Im Staatsdepartement
und im Weißen Haus herrscht starkes Bedauern über
die seit Beginn der Lausanner Verhandlungen immer
häufiger werdenden täglichen Falschmeldungen aus ge-
wissen europäischen Hauptstädten, die auf dem Umweg
über Paris oder London angeblich authentische Neu-
berungen der amerikanischen Regierung zur Schulden-
frage kolportieren und damit Verwirrung, Mißtrauen
und Verlegenheit verursachen und einer verheerlichen
Verleumdung des so großen Problems schweren Schaden
zufügen.

Die amerikanische Regierung hat die feste Absicht,
sich in die Lausanner Verhandlungen nicht einzumischen,
und sie hat dies kategorisch in ihrer Erklärung vom
letzten Sonnabend nochmals und, wie sie hofft, über-
zeugend und endgültig klargestellt. Amerika hat von
Anfang an die Forderung von Reparationen für ver-
fehlt gehalten und sich deshalb geweigert, Reparatio-
nen von Deutschland zu verlangen. Amerika lehnt auch
fernerhin den Versuch Europas ab, die Herabsetzung
der alliierten Forderungen an Deutschland mit der
Herabsetzung der alliierten Schulden zu verknüpfen.
Man steht hier vielmehr auf dem Standpunkt, daß 1.
jede Nation Opfer bringen müsse, und 2. die Erledi-
gung der Reparationsfrage eine rein europäische An-
gelegenheit sei.

Die Länderregierungen gegen die neue Notverordnung

Berlin, 28. Juni. Zu der Zusammenkunft der
Länderminister in Berlin berichtet die „Germania“, daß
die Minister zu der bevorstehenden ergänzenden Not-
verordnung der Reichsregierung bezüglich der generellen
Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbots
von Seiten der Länderregierungen eingehend Stellung
genommen hätten. Dabei habe sich eine völlige Ein-
mütigkeit darüber ergeben, daß die Länder die von der
Reichsregierung geplanten Maßnahmen ablehnen. Ge-
gen die Bestimmungen der neuen Notverordnung seien
die schwersten Bedenken erhoben worden. Die Verant-
wortung für das in der Notverordnung Geplante werde
der Reichsregierung überlassen.

Die „Vossische Zeitung“ teilt außerdem mit, daß
die preussische Regierung unmittelbar nach Erlass der
Reichsnotverordnungen eine Durchführungsverordnung her-
ausbringen werde, die darauf hinweisen werde, daß
eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes insofern
eingetreten sei, als an Stelle des bisherigen generel-
len Verbots von Demonstrationen nur die generelle
Zulassung die Grundlage sei, von der aus die nach-
geordneten Behörden ihre Stellungnahme zu Demon-
strationsabgeordneten einurteilen haben. Es sei wohl

selbstverständlich, so wird dem Blatt zufolge in preu-
ßischen Kreisen gesagt, daß es die Aufrechterhaltung
von Ruhe und Ordnung den maßgebenden Behörden
zur Pflicht mache, nicht an ein und demselben Tage
besw. Orte Demonstrationen stark gegnerisch eingestell-
ter Parteien zuzulassen.

Der Brief Bayerns vom Reichspräsidenten beantwortet
Berlin, 27. Juni. Der Brief der bayerischen
Staatsregierung an den Reichspräsidenten ist vom Reichs-
präsidenten sofort beantwortet worden. Nach Mitteilung
aus Kreisen der Reichsregierung ist nicht beabsichtigt, den
Inhalt des Briefes zu veröffentlichen.

Ein Brief des Christlich-Sozialen Volksdienstes an den
Reichsminister

Berlin, 27. Juni. Der erste Vorsitzende des
Christlich-Sozialen Volksdienstes hat an den Reichsminister
von Papen einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt:
Der Christlich-Soziale Volksdienst erwartet von der deutschen
Regierung, daß sie in Lausanne das unbeugsame Nein
gegenüber allen Tributleistungen durchkämpfe mit der mora-
lischen Waffe des Widerstands der Kriegsschuldigen, mit dem
Rachweis, daß Deutschland seine vertraglichen Repara-
tionsverpflichtungen längst erfüllt habe und mit der uner-
bittlichen Forderung der wirtschaftlichen Vernunft, daß die
Wiederherstellung des Vertrauens, als Voraussetzung der
Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, die sofortige rest-
lose Befreiung der Tribute erheische.

Berliner Elternbeiratswahlen

Berlin, 27. Juni. Im Gesamtgebiet von Groß-
Berlin fanden gestern die Elternbeiratswahlen statt. Schon
die ersten Ergebnisse zeigen die starke Ueberlegenheit der
Christlich-unpolitischen Liste. Bis 11 Uhr lagen von 385
evangelischen Volksschulen die Wahlergebnisse vor. Da-
nach haben erhalten die Christlich-unpolitische Liste 2892
Stimmen, die sozialistische Liste Schulaufbau 729, die kommu-
nistische Einheitsliste 446, andere Listen 104 Stimm.

Skarets hinter Zuchthausmauern

Das Urteil im Skaret-Prozess gefällt

Der Skaret-Prozess hat nun endlich sein Ende gefun-
den und heute vormittag wurde das Urteil verkündet. Es
wurden verurteilt: Leo und Willy Skaret wegen schweren
Betruges und schwerer Urkundenfälschung sowie aktiver
Befreiung zu vier Jahren Zuchthaus und fünf
Jahren Ehrverlust. Sechs Monate der Untersuchungshaft
werden auf das Strafmaß angerechnet. Beide Angeklagten
wurden sofort verhaftet. Weiter wurden verurteilt die An-
geklagten Buchhalter Lehmann zu 1 Jahr 3 Monaten, Tuch
zu 6 Monaten, Stadtkaufmann Schmidt zu 4 Monaten
und Stadtkaufmann Hoffmann zu 3 Monaten Gefängnis

Die Schweiz sperrt deutsche Kohleneinfuhr

Bern, 27. Juni. Die schweizerische Zollverwal-
tung hat, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, die
Grenze für die deutsche Kohleneinfuhr gesperrt mit der
Begründung, daß die Kontingente im Monat Mai stark
überschritten wurden. Die Sperre betrifft in der
Hauptsache die Einfuhr von Koks und steht mit den
bisherigen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhand-
lungen nicht in Zusammenhang.

Die Sozialdemokraten beim Reichs- innenminister

Berlin, 27. Juni. Die Mitglieder des sozial-
demokratischen Parteivorstandes, Crispien, Dittmann
und Stampfer, trugen, wie von sozialdemokratischer
Seite mitgeteilt wird, heute Abend dem Reichsinnen-
minister von Bahl die Beschwerden über das Verhalten
der SA im einzelnen vor und unterbreiteten ihm un-
sängliches Material über terroristische Handlungen der
Nationalsozialisten, dessen Prüfung der Minister zuge-
sagt habe. Auf die Frage, ob der Minister die in dem
Schreiben des Reichspräsidenten umschriebenen „Vor-
aussetzungen für ein Vorgehen mit allen verfassung-
mäßigen Mitteln“ gegen solche Ausschreitungen ab-
geben betrachte, habe Herr von Bahl erwidert, daß
dies noch nicht der Fall sei. Die Vertreter der Sozial-
demokratischen Partei hätten zum Schluß der Unter-
redung, die etwas über eine Stunde dauerte, der An-
sicht Ausdruck gegeben, „daß ein weiteres Dulden des
uniformierten Terrors der SA zu Folgen zu führen
drohe, für die niemand die Verantwortung übernehmen
wolle“.

Abbruch der deutschen Kriegsschiffe aus Danzig

Danzig, 27. Juni. Nach vierstündigem Aufent-
halt erfolgte heute die Heimfahrt des deutschen Vinten-
schiffes „Schlesien“ und der beiden Torpedoboots. Be-
reits am frühen Morgen setzte eine wahre Hölleman-
derung zum Siegeplatz der Schiffe ein. Massenweise
und unter Gesang zogen sämtliche Danziger Schulen
unter Führung ihrer Lehrer hinaus. Vor der „Schle-
sien“ hatte die Schupo-Kapelle Auffstellung genommen.
Punkt 10 Uhr wurden die Halbtone gelöst. Unter den
Klängen des Deutschlandliedes setzte sich das Vinten-
schiff langsam in Bewegung, in Kielweite gefolgt von
den beiden Torpedobooten. Brausende Hurra-Rufe des
unübersehbaren Zuschauerhaufens erklangen. Ein letzter
Flaggengruß, und die deutschen Schiffe dampften wie-
der der deutschen Heimat entgegen.

Ein Kommunist in Bohwinkel erschossen

Bohwinkel, 27. Juni. In der Nähe des Bahn-
hofes wurde in der vergangenen Nacht der kommuni-
stische Arbeiter Klaus von politischer Gegend erschossen.
Heute morgen wurde ein Nationalsozialist in Uniform
von den Wachen des Erschossenen angehalten. Der Na-
tionalsozialist zog einen Revolver und legte auf seine
Widerfacher an. Als die Waffe versagte, versuchte er
zu fliehen, doch wurde er von Straßenpassanten ein-
geholt und der Polizei übergeben.